



Hans Martin Sieg

EIN RAKETENSCHILD FÜR DIE NATO? IMPLIKATIONEN FÜR POLEN UND DEUTSCHLAND

Der NATO-Gipfel in Bukarest hat im April 2008 die US-amerikanischen Pläne zum Aufbau einer europäischen Komponente der strategischen Raketenabwehr Washingtons als „substantial contribution to the protection of Allies from long-range ballistic missiles“ ausdrücklich anerkannt. Er hat darüber hinaus seine Absicht erklärt, diese Komponente in ein gemeinsames Abwehrsystem der NATO zu integrieren. Entsprechende Konzepte sollen beim nächsten Gipfeltreffen 2009 beraten werden.¹ Vorausgegangen waren bilaterale Verhandlungen der USA mit Polen, wo die USA zehn Abfangraketen stationieren wollen, und Tschechien, wo eine Radaranlage des Systems errichtet werden soll. Sowohl diese Vorgehensweise als auch die Raketenabwehr an sich hatte Kontroversen nicht nur mit Russland, sondern ebenso in anderen NATO-Staaten ausgelöst. Daher bestand auch die Möglichkeit, dass der Abwehrschirm als rein nationales Projekt in Zusammenarbeit mit Warschau und Prag oder alternativ mit London zu Lasten der gemeinsamen Sicherheit im transatlantischen Bündnis verwirklicht wird.

Umstritten waren lange Zeit zugleich die technischen Möglichkeiten einer Verwirklichung des Projekts. Kritiker haben die damit zusammenhängenden Probleme hervorgehoben.² Die USA konnten jedoch in den vergangenen Jahren erheb-

¹ Bucharest Summit Declaration, 3 IV 2007, www.nato.int/docu/pr/2008/p08-049e.html, § 37.

² Vgl. Z.B.: G. N. Lewis, T. Postol, *The European missile defense folly*, „Bulletin of the Atomic Scientists“ 2008, Nr. 64, S. 32–39, www.thebulletin.org/files/064002009.pdf; zusammenfassend: Ch. Behme, F. Faltn, D. Lübbert, *Raketenabwehr – technische Aspekte und naturwissenschaftlicher Hintergrund*, Info-Brief, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, 10 X 2007, www.bundestag.de/wissen/analysen/2007/Raketenabwehr.pdf.





liche Fortschritte erzielen. Zwar haben die für Polen vorgesehenen Ground-Based-Interceptor (GBI) ihre endgültige Einsatzreife noch nicht erlangt. Doch bestehen für USA offenbar keine Zweifel mehr an der Realisierbarkeit einer effektiven Abwehr gegen ballistische Mittel- und Langstreckenraketen (IRBM und ICBM), die auf den technologischen Möglichkeiten von Problemstaaten wie Nordkorea und dem Iran beruhen. Zu demselben Ergebnis gelangte auch eine Machbarkeitsstudie, die die NATO in Auftrag gegeben hatte, um die Möglichkeiten für den Aufbau eines Abwehrsystems zum Schutz seiner Truppen in Einsatzgebieten insbesondere gegen Kurzstreckenraketen zu prüfen. Eine Verwirklichung des Raketenschildes hängt damit vom politischen Willen ab. Der Gipfel von Bukarest scheint in dieser Hinsicht den Durchbruch für eine NATO-Lösung gebracht zu haben. Da die Frage nach der Systemarchitektur, ihrer Kosten sowie deren Finanzierung nach wie vor offen ist, steht eine endgültige Entscheidung allerdings immer noch aus.

Kontroversen löste die Raketenabwehr schließlich nicht nur innerhalb Deutschlands aus, diese hatten ebenso Differenzen im deutsch-polnischen Verhältnis zur Folge. Eine NATO-Lösung würde auch diesen Differenzen endgültig die Grundlage nehmen. Aus diesem Grund sollen im Folgenden die Probleme und Perspektiven einer Realisierung des Raketenschildes im Rahmen des transatlantischen Bündnisses im Blick auf das deutsch-polnische Verhältnis erörtert werden. Ein besonderes Augenmerk wird dabei der Debatte in Deutschland gelten, ein Seitenblick der Entwicklung in Polen. Auf eine Erörterung der ebenfalls kontroversen Diskussion in Tschechien wird dabei verzichtet, weil sie für die Frage einer NATO-Lösung von vergleichsweise geringerer Auswirkung sein dürfte. Hingegen wird eingangs eine Analyse der Bedrohungslage vorgenommen, weil sich die unterschiedlichen Motive für oder wider die Raketenabwehr nur vor diesem Hintergrund sinnvoll beurteilen lassen. Außerdem werden auch die Einwände Russlands erörtert; denn sie haben die Diskussion insbesondere in Deutschland maßgeblich beeinflusst, ja weitgehend erst ausgelöst. Abschließend soll skizziert werden, wie eine NATO-Lösung aussehen könnte.

Bedrohungslage und Pläne der USA

Für die USA stellt der geplante Stützpunkt in Polen nur eine Komponente in einem sehr viel umfassenderen Raketenschirm dar. Bereits seit der Präsidentschaft Clintons verfolgt Washington Pläne für ein gestaffeltes Abwehrsystem, das ballistische Raketen sowohl in der Start-, in der mittleren Flugphase außerhalb der Erdatmosphäre sowie nach dem Wiedereintritt in der abschließenden Flugphase zerstören kann. Während für eine Bekämpfung in der Startphase Versuche sich auf flugzeuggestützte Laserwaffen konzentrieren, sollen die für Polen vorgesehenen zehn GBI-Raketen in ihrer mittleren Flugphase abfangen können und stellen damit das primäre System zur Abwehr insbesondere von ICBM dar. Ein europäischer





Stützpunkt würde dabei zwei weitere Anlagen in Alaska und Kalifornien ergänzen, die die USA vor Angriffen aus dem pazifischen Raum schützen sollen. Für eine Bekämpfung in der abschließenden Flugphase stehen mobile Systeme zur Verfügung, das landgestützte THAAD- und das seegestützte SM-3-System. Ihr Schutzradius ist vergleichsweise geringer. Anders als beispielsweise das in euroatlantischer Zusammenarbeit entwickelte MEADS-System vermögen sie jedoch innerhalb einer so großen Flughöhe und Reichweite zu operieren, dass sie über eine begrenzte Fähigkeit zur Abwehr von ICBM verfügen, vor allem aber nicht nur Kurz-, sondern auch Mittelstreckenraketen abfangen können.

Die USA begründen ihre Planungen mit dem Ziel, ihr Territorium, ihre Basen und Streitkräfte in Übersee sowie ihre Verbündeten vor Bedrohungen zu schützen, die von Iran und Nordkorea ausgehen. Zu den Basen, die die für Europa vorgesehenen GBI sichern sollten, zählen Radaranlagen in Großbritannien und Grönland, die wiederum für den Schutz der USA vor Raketenangriffen unverzichtbar sind.³ Allein für diesen Zweck hätte jedoch eine Raketenstellung in Großbritannien genügt. Ein Standort in Polen dehnt den Abwehrschirm jedoch auf einen größeren Teil des NATO-Territoriums aus. Unabgedeckt bleiben dadurch die Verbündeten in Südosteuropa und der Türkei, für die eine Bedrohung allerdings weit eher von Kurz- und Mittelstreckenraketen ausgeht, zu deren Bekämpfung ein möglicher Einsatz von THAAD- und SM-3-Systemen vorgesehen ist.⁴

Für die Realisierung einer Raketenabwehr verfügen die europäischen Verbündeten nicht über eine Alternative zu den US-Systemen. Dabei gehen potentielle Gefahren für sie vor allem von der Proliferationsentwicklung im Nahen und Mittleren Osten aus. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Iran, aufgrund seiner Nuklearwaffen aber auch der künftigen Entwicklung Pakistans. Pakistan verfügt mit der Shaheen-II über IRBM, die zumindest die Türkei erreichen können, entwickelt aber auch weiterreichende Raketen. Mit den unterschiedlichen Varianten der Shahab-3-Mittelstreckenraketen ist der Iran heute in der Lage, Israel und den NATO-Partner Türkei zu erreichen. Die Entwicklung neuer Raketen wie der vermutlich auf der Technologie der nordkoreanischen Taepodong-1 beruhenden Shahab-4 machen möglich, dass auch Zentraleuropa auf absehbare Zeit in Reichweite iranischer Raketen gerät. Die Zielgenauigkeit dieser Raketen dürfte so gering sein, dass sie nur als Träger von Massenvernichtungswaffen in Betracht kommen.

Kontrollen der IAEA haben zwar keine Beweise, aber deutliche Indizien für ein Nuklearwaffenprogramm des Iran erbracht.⁵ 2007 kam ein National Intelligence Estimate der US-Geheimdienste zu dem Schluss, dass Teheran die Atomwaffen-

³ Missile Defense Agency, Fiscal Year 2008 (FY 08). Budget Estimates, 31 I 2007, www.mda.mil/mda/link/pdf/budgetfy08.pdf, S. 5.

⁴ Missile Defense Agency, Fiscal Year 2009 (FY 09). Budget Estimates, 23 I 2008, www.mda.mil/mda/link/pdf/budgetfy09.pdf, S. 16ff.

⁵ Vgl. die regelmässigen Berichte der IAEA unter: www.iaea.org/NewsCenter/Focus/iaeaIran/index.shtml.



entwicklung vermutlich 2003 eingefroren hat.⁶ Allerdings dürften diese Einschätzungen vor allem die Ungewissheiten dokumentieren, die das iranische Nuklearprogramm umgeben. Bereits infolge des Irak-Krieges beleuchteten entsprechende Untersuchungen, wie begrenzt die Informationsquellen und der Kenntnisstand der US-Geheimdienste zu den Massenvernichtungswaffenprogrammen von Problemstaaten sind.⁷ In Übereinstimmung mit den meisten westlichen Geheimdiensten nannte IAEA-Direktor El Baradei einen Zeitraum von drei bis acht Jahren, den der Iran noch mindestens zur Entwicklung von Nuklearwaffen benötige.⁸ Bis er auch einen Raketensprengkopf entwickelt hat, dürften noch einige Jahre zusätzlich vergehen. Welche Risiken von den pakistanischen Nuklearwaffen ausgehen, hängt mit der politischen Instabilität des Landes zusammen – und damit von der Frage, in welchen Händen künftig die Verfügungsgewalt liegt.

Eine unmittelbare Bedrohung ist somit in beiden Fällen zwar nicht gegeben – und damit auch keine besondere Dringlichkeit für das Projekt einer Raketenabwehr. Die entsprechenden Pläne deshalb als unbegründet oder übereilt zu kritisieren, wie dies neben Präsident Putin auch der deutsche Außenminister Steinmeier getan hat⁹, dürfte jedoch aus zwei Gründen zu kurz greifen. Einerseits würde die Entscheidung, einen Abwehrschirm zu schaffen, schon aufgrund der Zeit, die nicht nur zur Errichtung der polnisch-tschechischen Basis, sondern gegebenenfalls auch zum Aufbau einer entsprechenden Systeminfrastruktur der NATO erforderlich wäre, erst das Sicherheitsumfeld in fünf, zehn oder mehr Jahren antizipieren. Dann aber droht gerade Europa bei einem Konflikt zum primären, weil erreichbaren Ziel zu werden; denn die Entwicklung von ICBM, die auch die USA treffen können, ist technisch so aufwendig, dass sie bei den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens tatsächlich noch weitaus länger dauern dürfte. Andererseits läge eine wesentliche Funktion der Raketenabwehr darin, von vornherein den potentiellen Nutzen entsprechender Waffenprogramme zu beschneiden.

Der Vorteil, der aus der Verbindung von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Trägersystemen erwachsen kann, liegt in der Kombination aus Zerstörungskraft, Reichweite und der Chance, jederzeit einen unmittelbaren Vernichtungsschlag führen zu können. Die Möglichkeit, Massenvernichtungswaffen auch unkonventionell in Form terroristischer Anschläge zu verbringen, kann diesen Vorteil nicht kompensieren, auch wenn darin eine zusätzliche Gefahr liegt. Er verringert sich jedoch, wenn mit der Möglichkeit gerechnet werden muss, dass Raketen abgefangen werden. Obwohl ein Raketenschirm nicht völlig zuverlässig

⁶ National Intelligence Estimate, Iran: Nuclear capabilities and Intentions 2007, S. 6ff, www.dni.gov/press_releases/20071203_release.pdf.

⁷ Commission on the Intelligence Capabilities of the United States Regarding Weapons of Mass Destruction, Report to the President of the United States, 31 III 2005, www.wmd.gov/report/wmd_report.pdf.

⁸ N. Nougayrede, *Mohamed ElBaradei pense que „l'Iran ne sera pas une menace des demain“*, „Le Monde“, 23 X 2007.

⁹ „Vorher mit Russland reden“, Interview mit Frank-Walter Steinmeier, „Handelsblatt“, 19 II 2007, www.handelsblatt.com.

sein kann, verändert seine Existenz die Erwartungen der Akteure aneinander, deren Berechnungen und deren Handeln. Mit anderen Worten: Die Raketenabwehr verändert das Kosten-Nutzen-Kalkül zuungunsten derjenigen Regierungen, die heute Massenvernichtungswaffen zu erlangen streben. Der Aufbau eines Raketenschirms kann daher nicht erst der Abwehr vorhandener Waffensysteme dienen, sondern bereits der Bekämpfung der Proliferation.

Deren Entwicklung beschränkt sich nicht auf den Iran, sondern erhält durch dessen Waffenprogramme weiteren Auftrieb. Saudi-Arabien hat bereits Ende der neunziger Jahre CSS-2 IRBM von China erworben. Auch deren Zielgenauigkeit ist so gering, dass nur eine Bestückung mit Massenvernichtungswaffen militärisch Sinn machen würde. Seither halten sich Gerüchte über eine nukleare Option, die sich Saudi-Arabien insbesondere durch die Zusammenarbeit mit Pakistan sichern könnte.¹⁰ Syrien verfügt derzeit nur über Scud C und D mit begrenzteren Reichweiten, aber auch über eine zentrale geographische Lage in Nahen Osten. Bislang besitzt es in erster Linie chemische Waffen. Hinweise deuten darauf hin, dass ein israelischer Luftangriff im September 2007 einem im Bau befindlichen Reaktor galt, der mit nordkoreanischer Hilfe errichtet wurde¹¹, was für die nuklearen Ambitionen auch von Damaskus spricht.

Zur Abwehr der damit entstehenden Risiken macht ein Raketenschirm nicht zuletzt auch angesichts begrenzter militärischer Optionen Sinn. So wäre ein militärischer Präventivschlag, wie ihn Israel bereits 1980 gegen den irakischen Atomreaktor in Osirak durchgeführt hat, zwar grundsätzlich – wenngleich mit größeren Schwierigkeiten verbunden – sowohl für Israel wie die USA selbst gegen das iranische Nuklearprogramm möglich.¹² Er würde dieses jedoch nur zeitweilig aufhalten, wäre angesichts der iranischen Möglichkeiten, mit konventionellen Waffen und terroristischen Mitteln Vergeltung zu üben, mit erheblichen Risiken behaftet und dürfte auch negative Rückwirkungen auf die innere Entwicklung des Landes haben. Die Raketenabwehr eröffnet zumindest eine bedingte Alternative und vermag so den idealtypischen Gegensatz zwischen *deterrence* und *preemption* teilweise zu überbrücken.

Gegenüber einer fortschreitenden Proliferation werden herkömmliche Konzepte von Eindämmung und Abschreckung alleine keinen hinreichend verlässlichen Schutz zu bieten vermögen. Aufgrund der Komplexität der Akteursstruktur und aufgrund der Unterschiedlichkeit der Rationalitätsmuster, denen die Akteure

¹⁰ A. Dvali, *Will Saudi Arabia Acquire Nuclear Weapons?*, Center for Nonproliferation Studies, Monterey Institute of International Studies, Issue Brief, März 2004, www.nti.org/e_research/e3_40a.html; R. L. Russell, *A Saudi Nuclear Option?*, "Survival" 2001, Nr. 42, S. 69–79.

¹¹ D. Albright, P. Brannan, *Suspect Reactor Construction Site in Eastern Syria: The Site of the September 6 Israeli Raid?*, Institute for Science and International Security, 23 X 2007, www.isis-online.org/publications/SuspectSite_24October2007.pdf; D. Albright, P. Brannan, *Syria Update: Suspected Reactor Site Dismantled*, Institute for Science and International Security, 25 X 2007, www.isis-online.org/publications/SyriaUpdate25October2007.pdf.

¹² W. Raas, A. Long, *Osirak Redux? Assessing Israeli Capabilities to Destroy Iranian Nuclear Facilities*, "International Security" 2007, Nr. 31, S. 7–33.



möglicherweise folgen, sind Konfliktkonstellationen zu erwarten, denen die Eindeutigkeit und Berechenbarkeit der Konfrontation im Kalten Krieg fehlen. Vor allem aber würden westliche Mächte vermutlich nicht direkt, sondern mittelbar in einen Konflikt verwickelt werden, wie dies bei der Besetzung Kuwaits durch Saddam Hussein der Fall war. Dabei geht es dann nicht mehr um die „Zementierung strategischer Stabilität“, sondern um die Aufrechterhaltung politischer und militärischer Handlungsfähigkeit.¹³ Im Rahmen solcher Szenarien beruht eine effektive Abschreckung für westliche Staaten weniger auf einer Vergeltungsdrohung als auf der Fähigkeit zur Intervention und gegebenenfalls Revision einer Aggression. Andernfalls werden sie nicht abschrecken, sondern nur selbst abgeschreckt werden.

Russische Einwände

Die Kritik Russlands, wie sie von Präsident Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 in aller Schärfe vorgetragen wurde, stellt den Abwehrschirm als Bedrohung der eigenen Sicherheit dar.¹⁴ Dabei artikulierte Russland im Kern zwei Bedenken, erstens die Befürchtung, dass das Abwehrsystem auch die russische Abschreckungskapazität beeinträchtigen könnte, zweitens die Sorge, dass die für Polen vorgesehenen Raketen durch eine Umrüstung der Sprengköpfe tatsächlich zu Offensivwaffen umfunktioniert werden könnten. Doch die geplante Basis in Polen vermag diese Bedenken nicht oder nur sehr bedingt zu rechtfertigen. Allerdings ist die Begründung dafür deutlich komplexer als oft dargestellt.

Zwar ist einerseits nicht zu erkennen, welchen Vorteil eine begrenzte Anzahl zusätzlicher Offensivwaffen den USA angesichts ihrer vorhandenen Fähigkeiten und des russischen Vergeltungspotentials verschaffen könnten; auch ließe sich diese Sorge durch Kontrollen ausräumen. Jedoch vermag umgekehrt das u.a. von Condoleezza Rice und Robert Gates angeführte Argument, dass zehn Abwehrraketen keinen Schutz gegen tausende russischer Nuklearwaffen bieten könnten¹⁵, Moskaus Bedenken tatsächlich nicht vollständig auszuräumen; denn es ist nicht die Gesamtzahl seiner Waffensysteme, nach der der Kreml sein Abschreckungspotential beurteilt, sondern der möglicherweise nur sehr kleine Rest, der einen amerikanischen Präventivschlag überleben würde. Tatsächlich haben die USA seit dem Ende des Kalten Krieges eine „nuclear primacy“ erlangt, die eine russische Zweitschlagskapazität fraglich erscheinen lassen kann.¹⁶ Russland kann sich nur einen beschränkten Bereitschaftsgrad seiner Nuklearstreitkräfte leisten, was das eigene

¹³ B. Schreer, *Heiße Kartoffel Raketenabwehr*, „Internationale Politik“, März 2008, S. 44–49, hier: S. 46.

¹⁴ Rede auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 10 II 2007, www.securityconference.de/konferenzen/2007.

¹⁵ R. Gates, C. Rice, *Wir wollen kein neues Wettrüsten*, „Süddeutsche Zeitung“, 26 IV 2007, www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/598/111487/print.html.

¹⁶ A. Keir Lieber, D. G. Press, *The End of MAD? The Nuclear Dimension of U.S. Primacy*, „International Security“ 2006, Nr. 30, S. 7–44.



Potential verwundbar macht. Einzelne US-Rüstungsprojekte wie die Modernisierung der Sprengköpfe vom Typ W 76, mit denen die meisten Trident-Raketen amerikanischer Atom-U-Boote bestückt sind¹⁷, können von Moskau als Ausbau amerikanischer Erstschlagskapazitäten interpretiert werden.

Dabei kommt es nicht darauf an, ob die USA einen solchen Präventivschlag jemals ernsthaft in Erwägung ziehen würden, sondern nur darauf, ob Russland eine strategische Abschreckung auch weiterhin für erforderlich hält. Davon aber ist nicht nur angesichts der Schwäche seiner konventionellen Streitkräfte und einer viel mehr offensiven Nukleardoktrin¹⁸ als im Kalten Krieg auszugehen. Auch die Priorität, die Moskau der strategischen Nuklearrüstung mit der Beschaffung neuer strategischer Atom-U-Boote und insbesondere mobiler ICBM des Typs Topol-M zuerkennt, zeigt, dass Moskau die Aufrechterhaltung einer strategischen Abschreckung nicht nur für notwendig, sondern auch für gefährdet hält. Eine solche Gefährdung kann aber von der geplanten Raketenbasis in Polen schon aus zwei Gründen kaum ausgehen.

Erstens verfügen russische Raketen über Gegenmaßnahmen wie Täuschkörper sowie MIRV- und MARV-Technologie, also multiple oder sogar manövrierbare Sprengköpfe, die die Zahl der Ziele erhöhen und eine Berechnung der Flugbahn erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Der Chef der strategischen Nuklearwaffen Russlands, Generaloberst Solovtsov, hat daher selbst erklärt, dass russische Raketen bzw. Sprengköpfe für das amerikanische Abwehrsystem nicht abzufangen sind.¹⁹ Russland kann zwar nicht wissen, welches Potential künftige technologische Entwicklungen der Raketenabwehr erschließen.²⁰ Doch bliebe zweitens die Tatsache, dass die Flugbahnen russischer ICBM in die USA über die Arktis führen und von in Polen stationierten GBI meist nicht eingeholt werden könnten. Nur in Ft. Greely, Alaska, stationierte GBI, die zudem über eine zusätzliche dritte Stufe mit entsprechend größerer Reichweite verfügen, könnten die Flugbahn von Russland angefeuerter ICBM rechtzeitig erreichen. Die Errichtung dieser Basis hat jedoch ebenso wie die Kündigung des ABM-Vertrages durch die USA im Jahr 2002 keine vergleichbaren Einwände Russlands hervorgerufen. Daher dürften die jetzigen Proteste Moskaus eher mit dem Widererstarren als mit einer neuen Bedrohung Russlands zusammenhängen.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Sicherheitsbedenken Moskaus gänzlich irrelevant wären, sondern dass sie sich aus dem umfassenderen Kontext des

¹⁷ Ziel ist, die Treffergenauigkeit der Sprengköpfe zu erhöhen und eine Detonation am Boden zu ermöglichen, womit sie sich effektiver gegen befestigte militärische Ziele – wie beispielsweise auch Raketenilos – einsetzen lassen.

¹⁸ Vgl. D. Trenin, *Russias Nuclear Policy in the 21st Century Environment*, "IFRI Proliferation Paper", Autumn 2005, www.ifri.org/files/Securite_defense/prolif_paper_Trenin.pdf.

¹⁹ *Russia's missile forces: lower quantity but higher quality*, RIA Novosty, 22 II 2007, www.en.rian.ru/analysis/20070222/61111273.html.

²⁰ So entwickeln die USA gegen Raketen mit multiplen Sprengköpfen oder Täuschkörpern bereits ein Multiple Kill Vehicle; vgl. Missile Defense Agency, *Multiple Kill Vehicle Test Successful*, 19 VII 2006, www.mda.mil/mdalink/pdf/06fyi0080.pdf.

Verhältnisses zum Westen ergeben. Einerseits bietet die geplante polnisch-tschechische Raketenbasis Moskau zumindest einen Anlass, Ablehnung gegenüber den Raketenabwehrplänen der USA insgesamt zum Ausdruck zu bringen; denn wenn auch nicht in seiner europäischen Komponente, so kann das System in seiner Gesamtheit aus Moskauer Sicht doch zumindest eine potentielle Beeinträchtigung der russischen Abschreckung darstellen.²¹ In dieser Hinsicht kommt dem Waffensystem für Moskau größere Bedeutung zu als dem Stationierungsort. Andererseits dürfte Moskau in der Errichtung dieser Basis einen Präzedenzfall für die Errichtung von NATO- oder US-Einrichtungen im Gebiet des ehemaligen Warschauer Paktes sehen, hatte das Bündnis Russland im Zuge der Osterweiterung von 1997 diesbezüglich doch ausdrücklich Zurückhaltung zugesichert.²² In dieser Hinsicht kommt dem Stationierungsort für Moskau größere Bedeutung zu als dem Waffensystem. Dass im Zusammenhang mit der Raketenabwehr in der polnischen und tschechischen Politik zuweilen antirussische Tendenzen sichtbar wurden, musste diese Bedenken zusätzlich verstärken.

Die russische Kritik sollte aber auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Moskau seine Sicherheitsbedenken primär als Vorwand nutzt für eine Politik der Revision von Macht- und Einflussverlusten, um den Westen aus seiner selbst so verstandenen Interessensphäre heraus zu halten oder zu drängen. Dabei gebraucht der Kreml die „Demonstration von Dissens“²³ bewusst als Mittel, um neu gewonnene Stärke zu demonstrieren und die Konzessionsbereitschaft westlicher Staaten auszuloten. Auf diesem Kalkül dürften auch Warnungen vor einem neuen Wettrüsten beruhen, in denen beispielsweise Putins Münchner Rede gipfelte. Die Außerkraftsetzung des AKSE-Vertrages, die endgültig im Dezember 2007 erfolgte, entsprach dieser Zielsetzung gleich auf doppelte Weise, indem sie einerseits diese Warnung unterstrich, andererseits aber auch dem Ziel diene, Russland von den im Zusammenhang mit der Vertragsrevision gegebenen „Istanbul Commitments“ zu befreien – der Verpflichtung zum Abzug seiner Truppen aus Moldau und Georgien.

Mit seiner Kritik an der Raketenabwehr scheint Russland vor allem vier Ziele zu verfolgen: Erstens lässt und ließ sich mit dem Streit um die Raketenabwehr – nicht zuletzt im Zusammenhang mit den jüngsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen – innenpolitisch suggerieren, dass der Westen und insbesondere die USA eine feindliche Haltung gegenüber Russland einnehmen. Das ermöglicht es dem Präsidenten, sich als Verteidiger nationaler Interessen zu präsentieren und zugleich westliche Kritik an der inneren Entwicklung des Landes zu diskreditieren. Zweitens bietet die Auseinandersetzung für Russland einen Vorwand, um neue Rüstungsprojekte zu rechtfertigen. Dies gilt auch für die Infragestellung des INF-

²¹ Vgl. G. N. Lewis, Th. A. Postol, *European Missile Defense: The Technological Basis of Russian Concerns*, „Arms Control Today“, October 2007, www.armscontrol.org/act/2007_10/LewisPostol.asp.

²² Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation, 27 V 1997, www.nato.int/docu/basicxt/fndact-a.htm.

²³ L. Sevčova, *Russlands Wille zur Weltmacht*, „Osteuropa“ 2007, Nr. 57, S. 33–52, hier: S. 33.



-Vertrages²⁴, in dem Moskau bereits seit längerem eine einseitige Benachteiligung erblickt, weil sich das darin enthaltene Verbot von Mittelstreckenraketen nicht auf andere Länder in seinem strategischen Umfeld erstreckt.²⁵

Drittens dürfte es dem Kreml darum gehen, seine strategische Position nicht zuletzt im Blick auf die Frozen Conflicts an der Peripherie der früheren Sowjetunion zu stärken, und zugleich die Bedingungen für künftige Osterweiterungen von NATO und EU zu erschweren. Viertens dürfte es in der Auseinandersetzung um die Raketenabwehr eine Chance sehen, den Zusammenhalt des transatlantischen Bündnisses zu schwächen. Aus Moskauer Sicht würde eine Integration der Raketenabwehr in die NATO die Gefahr bergen, die Abhängigkeit der europäischen Verbündeten von den USA weiter zu erhöhen. So ist der Vorschlag Putins, eine gemeinsame Raketenstellung in Aserbaidschan einzurichten²⁶, als Diversionsversuch zu werten, zumal technische wie geographische Gründe gegen eine Nutzung der dortigen russischen Radaranlage sprechen.

Einiges spricht dafür, dass Moskaus Kritik an der Raketenabwehr deshalb so entschieden ausfiel, weil sie eine besonders günstige Gelegenheit bot, Druck auf westliche Regierungen und die Integrität der NATO auszuüben. Russland konnte auf die Skepsis setzen, die die bilateralen Verhandlungen zwischen den USA, Tschechien und Polen bei anderen Bündnispartnern hervorgerufen haben. Zugleich konnte der Kreml insbesondere in Westeuropa und Deutschland Verständnis für seine Sicherheitsbedenken erwarten. Es konnte und kann auf das negative Image setzen, das den USA und vor allem der Bush-Administration in Europa weithin anhafte. Die primäre Stoßrichtung des Kreml dürfte sich dabei auf die öffentliche Meinung gerichtet haben, konnte Moskau doch davon ausgehen, dass amerikanische Rüstungsvorhaben von vornherein breite Skepsis in Europa hervorrufen würden. Dabei konnte der Kreml vermuten, dass auch seine Drohgebärden ihren Zweck nicht verfehlen werden. Russische Warnungen kalkulieren offenbar bewusst mit der „postheroischen“ Mentalität²⁷ europäischer Gesellschaften.

Hauptadressat russischer Einwände sind offenbar nicht die Regierungen der USA oder anderer NATO-Staaten. Vielmehr zielt die russische Strategie darauf, in ihren Ländern Opposition gegen die Raketenabwehr zu mobilisieren. Dafür sprechen nicht zuletzt die vom Kreml immer wieder bemühten Reminiszenzen an den Kalten Krieg. Warnungen vor einem neuen Wettrüsten appellieren ebenso wie Vergleiche mit der Stationierung der Pershing-Raketen²⁸ oder der Kuba-Krise²⁹ in

²⁴ Russia may unilaterally quit INF Treaty, RIA Novosty, 15 II 2007, www.en.rian.ru/russia/20070215/60795303.html.

²⁵ H. Adomeit, A. Bittner, *Russland und die Raketenabwehr. Wer spaltet wen?*, „SWP-Aktuell“ 23, April 2007, www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3875, S. 5.

²⁶ Putins Vorschlag an Bush. Raketenabwehr in Aserbaidschan, FAZ.NET, 7 VII 2007, www.faz.net.

²⁷ Vgl. zum Begriff: H. Münkler, *Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie*, Weilerswist 2006, S. 310ff.

²⁸ Putin verschärft abermals den Ton, FAZ.NET, 27 IV 2007, www.faz.net.

²⁹ Putin fühlt sich an Kuba-Krise erinnert, Welt Online, 26 X 2007, www.welt.de.



wenig subtiler Weise an die Kriegsängste von Europäern und Amerikanern und mögen auch auf Erfahrungen mit den westeuropäischen Friedensbewegungen der siebziger und achtziger Jahre beruhen. Dabei folgt Moskau schon deshalb einem rein psychologischen Kalkül, weil Russland die materielle Grundlage für einen neuen Rüstungswettlauf bei allen Bemühungen um eine Modernisierung seiner Streitkräfte schlicht fehlt. Jede entsprechende Drohung setzt also von russischer Seite bereits die Überzeugung voraus, dass der NATO ihrerseits jede Bereitschaft dazu fehlt.

Der Vielschichtigkeit der von Moskau verfolgten Motive sollten ebenso differenzierte Antworten entsprechen. Dem Sicherheitsbedürfnis Russlands kann Rechnung getragen werden, indem Russland möglichst umfassend konsultiert und eingebunden wird. Allerdings hat es dazu bislang weniger an amerikanischen Angeboten als an russischer Bereitschaft gefehlt, darauf einzugehen. Auch dürfte die Entwicklung eines gemeinsamen Abwehrsystems, wie von russischer wie US-Seite ins Spiel gebracht, aufgrund technologischer Unterschiede wie auch Bedenken hinsichtlich eines Technologietransfers wenig realistisch sein. Als eine mögliche Kompromisslinie zeichnet sich eine Vereinbarung über russische Inspektionen der polnisch-tschechischen Anlagen ab.³⁰ Russland kann seinerseits kein Interesse daran haben, mit seiner Kritik zu überziehen; denn sie droht sonst, ins Leere zu laufen und weniger seine Stärke als seine Schwächen zu demonstrieren. Zugleich aber würde eine Konzessionsbereitschaft des Westens, die über Sicherheitsgarantien spezifisch hinsichtlich der militärischen Ausrichtung des Raketenschirms hinausgeht, schon aufgrund des politischen Kalküls, dem Moskau folgt, ein problematisches Signal aussenden. Die russische Opposition darf ihrerseits die legitimen Sicherheitsinteressen der Europäer nicht beeinträchtigen.

Die Entwicklung in Polen

Die Position Polens ergibt sich weniger aus dem eigentlichen Zweck des Raketenschirms – der Abwehr ballistischer Flugkörper aus dem Nahen und Mittleren Osten – als vielmehr aus dem unterschiedlichen Verhältnis des Landes zu den USA und Russland. Dabei wick allerdings die Intention und Zielrichtung der jeweiligen Politik zwischen den großen politischen Lagern des Landes und den von ihnen jeweils geführten Regierungen voneinander ab. So erblickte die von der PiS geführte Regierung unter Jarosław Kaczyński im Ausbau in der bilateralen Zusammenarbeit mit den USA den wichtigsten Garanten für die Sicherheit Polens. Zugrunde lag dem einerseits ein begrenztes Vertrauen in die EU und die NATO als Ganzes, andererseits eine skeptische Haltung gegenüber Russland. Nach diesem Konzept war das Raketenschild in erster Linie ein Mittel zum Zweck. Weniger der Raketenschild als

³⁰ P. Finn, *U.S., Russia Politely Dug In Over Missile Defense*, „Washington Post“, 19 III 2008, www.washingtonpost.com.



solcher sollte die Sicherheit Polens erhöhen als vielmehr dessen Rückkoppelung an Washington zugleich auch sein internationales Gewicht steigern; und nicht der Iran oder ein anderer Proliferationsstaat, sondern Russland war vorrangiger Adressat dieser Politik. Moskau sollte daher ebenso wenig wie andere Bündnispartner in die Verhandlungen über die Raketenabwehr einbezogen werden. Ein Nachteil dieses Ansatzes bestand jedoch darin, Polen gegenüber seinen europäischen Partnern in EU und NATO tendenziell zu isolieren. Damit gewann die Kooperation mit den USA für Warschau noch an Bedeutung. Für Washington aber sank damit zugleich der Wert Polens als Bündnispartner und power broker in Europa und damit auch dessen Möglichkeiten, eigene Prioritäten durchzusetzen.

Die PO-geführte Regierung unter Ministerpräsident Tusk hat demgegenüber die Gefahren hervorgehoben, denen sich Polen mit der Stationierung des Abwehrsystems aussetzt. So betonten insbesondere Außenminister Sikorski³¹ und Verteidigungsminister Klich³², dass sich Polen weniger durch den Iran bedroht sehe, Risiken vielmehr von einer Beeinträchtigung der Beziehungen zu Russland und der Gefahr ausgingen, dass US-Raketenbasen auf polnischen Boden Terroranschläge anziehen würden. Dass Warschau die Raketenabwehr dementsprechend inzwischen weniger als gemeinsames als vielmehr rein US-amerikanisches Projekt darstellt und damit stärker auf Distanz zu Washington geht, dürfte nicht zuletzt eine Reaktion auf eine zunehmend kritische Einstellung der polnischen Öffentlichkeit den USA und insbesondere dem Raketenschild gegenüber darstellen.

Allerdings dürfte Warschau damit bezwecken, die eigene Verhandlungsposition zu verbessern. Dabei möchte Warschau in erster Linie amerikanische Hilfe für die Modernisierung der polnischen Streitkräfte, insbesondere ihrer Luftabwehr durch die Überlassung von PAC-3 Systemen erlangen. Dass solche Systeme allerdings weit eher dem Schutz polnischer Streitkräfte im Einsatz dienen würden als der Abwehr insbesondere von Terrorgefahren, demonstriert aber auch, dass die Haltung der polnischen Regierung gegenüber dem Raketenschirm eher auf taktische als grundsätzliche Erwägungen zurückgeht. Diese dürften auf dem Kalkül beruhen, die Erwartungshaltung einer sonst skeptischen Öffentlichkeit zu nutzen, um das Erfordernis von Gegenleistungen in Washington plausibilisieren zu können.³³

Ogleich diese Politik das Risiko birgt, die Hürden für eine Einigung zu hoch zu hängen, lässt der fortgeschrittene Stand der Verhandlungen einen erfolgreichen Abschluss erwarten. Zugleich hat sie neue Chancen sowohl für ein Entgegenkommen gegenüber Russland als auch für die Kooperation mit den Verbündeten eröffnet. So haben Tusk wie Sikorski inzwischen Gespräche nicht nur mit Moskau

³¹ J. Dempsey, *Poland Signals Doubts About Planned U.S. Missile-Defense Bases on Its Territory*, „New York Times“, 7 I 2008, www.nytimes.com.

³² *Poland Vows Harder Bargain with U.S. on Missile Defense*, „International Herald Tribune“, 9 I 2008, www.iht.com.

³³ D. W. Dylla, *Die polnische Regierung, der amerikanische Abwehrrschild und das doppelte Überlebensprinzip*, „Kommentare zur Internationalen Politik und Außenpolitik“ (KIPA) 2008, Nr. 3, www.politik.uni-koeln.de/jaeger/mitarbeiter/dylla.html.



begonnen, sondern sich auch für die Integration der Raketenabwehr in die NATO ausgesprochen. So waren die Voraussetzungen dafür vor dem Bukarester Gipfel geschaffen. Damit liegt die Entscheidung, ob und inwieweit sie eine gemeinsame Raketenabwehr schaffen wollen, bei den europäischen Bündnispartnern und nicht zuletzt bei Deutschland.

Die Debatte in Deutschland

Wie in Polen, so schwankten auch in Deutschland die Positionen zwischen den politischen Lagern, wobei die Motive jeweils mehrschichtig und mitunter nicht widerspruchsfrei waren. Zugleich aber wurde die Debatte um die Raketenabwehr auch durch zumindest vier allgemeine Determinanten bestimmt. Dazu gehörte erstens grundsätzlich eine ausgeprägtere Bereitschaft zur Rücksichtnahme auf russische Einwände. Zweitens bestand parteiübergreifend große Skepsis gegenüber dem bilateralen Rahmen, in dem die Verhandlungen mit Polen und Tschechien über das Abwehrsystem geführt wurden. Dementsprechend herrschte ebenfalls weitgehender Konsens darüber, dass die Verhandlungen über den Aufbau eines solchen Systems in die euro-atlantischen Strukturen eingebettet werden sollten.

Eine größere Rolle spielt aber drittens auch die Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung, die der Politik der Bush-Administration im Allgemeinen mit großen Misstrauen und den Plänen für ein Raketenabwehrsystem im Besonderen mit breiter Ablehnung begegnet. Deshalb sind vor allem in der deutschen Politik die Befürworter in der Minderheit geblieben und haben sich meist auch nur zurückhaltend geäußert. Daran zeigt sich aber auch, dass es an einer Strategiedebatte zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen in Deutschland viertens nach wie vor mangelt. Ein weitgehender Grundkonsens besteht jedoch nicht nur dahingehend, dass das transatlantische Bündnis auch weiterhin unverzichtbar bleibt. Er besteht auch darüber, dass von der Proliferationsentwicklung im Nahen und Mittleren Osten Gefahren für Europa ausgehen können, wenngleich die Dringlichkeit dieses Problems und die geeigneten Mittel, um ihm zu begegnen, umstritten sind. Das erklärt, weshalb auch Kritiker der Raketenabwehr meist Zurückhaltung üben. Eine intensivere Debatte zum Thema hat es in Deutschland daher nur sporadisch gegeben.

Tatsächlich hat erst Putins Münchener Rede eine breitere Diskussion ausgelöst und zu einer Klärung der Positionen geführt. Allerdings stand diese Debatte von vornherein unter einem für den Raketenschirm ungünstigen Vorzeichen, hielten doch Umfragen zufolge zwei Drittel der Deutschen Putins Kritik an den USA für berechtigt.³⁴ In Bezug auf die US-Pläne für die Raketenabwehr ließen sich Ablehnungsraten von über 70 Prozent ermitteln³⁵; und während das jüngste Weißbuch in Übereinstimmung mit dem Großteil der sicherheitspolitischen Expertise eine

³⁴ *Putin legt nach*, FAZ.NET, 14 II 2007, www.faz.net.

³⁵ F. Güßgen, *Deutsche halten USA für bedrohlicher als den Iran*, „Stern“, 27 III 2008, www.stern.de.

zunehmende Gefährdung durch die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen feststellt³⁶, spiegelt sich dies in der Bedrohungswahrnehmung der Bevölkerung kaum wieder.³⁷ Daher blieben insbesondere die Stellungnahmen aus der deutschen Politik entweder von Skepsis oder von Zurückhaltung geprägt. So deutete Bundeskanzlerin Merkel zwar sachliche Aufgeschlossenheit gegenüber dem Projekt an, vermied aber eine darüber hinausgehende Positionierung. Vielmehr verband sie ihre Stellungnahme mit einer doppelten Kritik an der damals noch PiS-geführten Regierung in Warschau, indem sie einen „offenen Dialog mit Russland“ forderte, andererseits aber die NATO als das Forum bezeichnete, in dem über die Raketenabwehr verhandelt werden müsse.³⁸ Die Debatte innerhalb der NATO führen zu wollen, beschrieb zugleich den Minimalkonsens innerhalb der Regierungskoalition.

Darüber hinaus wurden jedoch hinsichtlich der grundsätzlichen Vor- und Nachteile der Raketenabwehr deutliche Trennlinien zwischen den Parteien sichtbar. Verteidiger fand das Projekt vor allem in den Reihen der Unionsparteien. Zwar fehlte es auch in ihren Reihen nicht an kritischen Stimmen, zu denen der damalige bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Stoiber³⁹ und der frühere Verteidigungsminister Rühle zählten⁴⁰, die beide für enge Beziehungen zu Russland stehen. Doch die überwiegende Zahl der Fachpolitiker sprach sich für eine Verwirklichung der Raketenabwehr aus. Zu ihnen zählte Verteidigungsminister Jung.⁴¹ Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Ruprecht Polenz⁴², erklärte ebenso wie Andreas Schockenhoff, der für Außen- und Verteidigungspolitik zuständige Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion sowie Koordinator der Bundesregierung für die Russlandpolitik, die Entwicklung eines Raketenschirms läge im deutschen Interesse. Die Raketenabwehr, so Schockenhoff, verhindere, „dass wir politisch erpressbar werden“.⁴³ Karl Lamers, einflussreicher außenpolitischer Experte innerhalb der Bundestagsfraktion, rechtfertigte das Projekt ausdrücklich mit dem Beitrag, den es zur Bekämpfung der Proliferation leisten könne.⁴⁴ Entschieden verteidigte vor allem der außenpolitische Sprecher der CDU-

³⁶ Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006, www.bmvg.de/portal/a/bmvg/sicherheitspolitik/grundlagen/weissbuch2006, S. 16, 21.

³⁷ Th. Bulmahn, R. Fiebig, *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland, Erste Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr*, 19 XI 2007, www.sowi.bundeswehr.de, S. 2.

³⁸ Interview mit dem ZDF, 13 III 2007, www.bundeskanzlerin.de.

³⁹ *Stoiber gegen US-System zur Raketenabwehr*, „Der Tagesspiegel“, 6 VII 2007, www.tagesspiegel.de.

⁴⁰ *Merkels Mahnung*, „Zeit Online“, 21 III 2007, www.zeit.de.

⁴¹ *Im Namen der Nato*, „Der Tagesspiegel“, 3 III 2007, www.tagesspiegel.de.

⁴² E. Koch, J. Meyer, *Deutsche Politiker fordern: Raketen-Schild gegen den Irren von Teheran*, „Bild“, 11 IV 2007, www.bild.de.

⁴³ *Blufft der Iran?*, „RP Online“, 11 IV 2007, www.rp-online.de.

⁴⁴ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 16/92 vom 30 III 2007, S. 9394ff, www.dip.bundestag.de/btp/16/16092.pdf.

-Fraktion, Eckart von Klaeden, die Raketenabwehr gegen die russische Kritik⁴⁵ – vermutlich nicht ohne Billigung des Kanzleramtes.

Während sich in den Unionsparteien insgesamt eine Leitlinie herausbildete, die zwar eine möglichst enge Einbindung Russlands befürwortete, aber auch eine Verwirklichung der Raketenabwehr im Rahmen der NATO, nahm neben den Oppositionsparteien auch die SPD eine skeptischere Haltung gegenüber dem Projekt ein. Die Verteilung der Ressortverantwortlichkeiten zwischen dem SPD-geführten Außen- und dem CDU-geführten Verteidigungsministerium dürfte dabei eine Rolle gespielt haben, sollte aber auch nicht überbewertet werden. So haben beispielsweise mit Frank Elbe und Ulrich Weisser zwei ehemalige Leiter der Planungsstäbe beider Häuser mit am entschiedensten vor den negativen Auswirkungen der Raketenabwehr auf das Verhältnis zu Russland gewarnt.⁴⁶ Zudem haben alle deutschen Bundesregierungen nach dem Ende des Kalten Krieges den Grundsatz vertreten, dass eine möglichst weitgehende Berücksichtigung russischer Interessen auch dem Interesse Deutschlands und Europas entspricht. Darüber hinaus aber ist das Verhältnis zu Russland bereits unter den Kanzlern Brandt, Schmidt und erneut unter Gerhard Schröder eine tradierte Priorität insbesondere sozialdemokratischer Außenpolitik geworden. So warnte Ex-Bundeskanzler Schröder im Zusammenhang mit der Raketenabwehr vor einer „Einkreisungspolitik“ gegenüber Russland⁴⁷; und Egon Bahr, altgedienter außenpolitischer Vordenker der SPD, wandte sich gegen den Abwehrschirm, da er die strategische Partnerschaft mit Moskau gefährde.⁴⁸

Für die SPD gab Parteichef Beck die Marschrichtung vor, der sich mit seiner Ablehnung der Raketenabwehr offen gegen die Bundeskanzlerin positionierte: „Wir brauchen keine neuen Raketen in Europa“.⁴⁹ Allerdings hat die heutige SPD-Führung in ihrer Argumentation insofern eine Akzentverschiebung gegenüber der Argumentation von Schröder oder Bahr vorgenommen, indem sie weniger das positive Szenario einer engen Partnerschaft mit Russland hervorhebt, nachdem dessen Ansehen infolge autoritärer Tendenzen auch in Deutschland gelitten hat, sondern Putins Warnung vor einem neuen Wettrüsten aufgriff. Dies ermöglicht es nicht nur, eine gewisse Distanz gegenüber dem Kreml zu wahren, sondern auch an einen identitätsstiftenden Topos (west)deutscher und vor allem sozialdemokratischer Außenpolitik anzuknüpfen, die Abrüstungspolitik. So begründete Beck seine Haltung mit der Gefahr eines Rüstungswettkaufs wie der Notwendigkeit einer

⁴⁵ E. von Klaeden, *Warum Europa eine Raketenabwehr braucht*, „Welt Online“, 14 IV 2007, www.welt.de.

⁴⁶ F. Elbe, U. Weisser, *Der Raketenstreit wächst sich zu einer internationalen Krise aus*, „DGAP-Standpunkt“ 2007, Nr. 5, www.dgap.org.

⁴⁷ D. Schütz, *Warum Russland für Europa so wichtig ist*, „Sächsische Zeitung“, 12 III 2007, www.sz-online.de.

⁴⁸ *Wir haben das zu akzeptieren, Interview mit Egon Bahr*, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, 19 III 2007, www.faz.net.

⁴⁹ *Der deutsche Aufschwung gehört der SPD!*, Interview mit Kurt Beck, „Bild“, 19 III 2007, www.bild.de.

neuen Abrüstungspolitik⁵⁰. Außenminister Steinmeier brachte seine Skepsis gegenüber der Raketenabwehr bewusst zurückhaltender zum Ausdruck, begründete sie aber ebenso mit dem Argument, nicht der Auf-, sondern der Abrüstung müsse Priorität zukommen.⁵¹ Neben ihm erklärte beispielsweise auch der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Gert Weißkirchen, im Bundestag, die Raketenabwehr würde zu „Aufrüstungsprozessen“ führen.⁵² Widerspruch zu dieser Deutung fand sich, wie im Falle des profilierten Außenpolitiklers Hans-Ulrich Klose⁵³, in den Reihen führender SPD-Politiker nur vereinzelt.

Widerhall fand die Warnung vor einem neuen Wettrüsten aber auch bei den Oppositionsparteien in Deutschland. Die Co-Vorsitzende der Grünen bezeichnete die Errichtung einer Raketenabwehr in Europa noch nach dem NATO-Gipfel in Bukarest als ein „gefährliches Signal der Aufrüstung.“⁵⁴; und auch die sicherheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion im Europaparlament erklärte, sie „bedeute eine neue Qualität der Aufrüstung“ und sei deshalb „strikt abzulehnen“.⁵⁵ Vor der Gefahr eines neuen Wettrüstens warnte auch die von Parteichef Westerwelle geleitete FDP-Bundestagsfraktion in einem Beschluss, indem sie deutliche Skepsis selbst gegenüber einer im Rahmen des transatlantischen Bündnisses realisierten Raketenabwehr zum Ausdruck brachte. „Die FDP sieht mit Sorge, dass der Bundesverteidigungsminister das Raketensystem voreilig zum gemeinsamen NATO-Projekt erklären möchte.“⁵⁶ Die Partei „Die Linke“ lehnt den Raketenschirm ohnehin kategorisch ab. Dass neben SPD-Parteichef Beck auch die FDP und Politiker der Grünen wie Ex-Außenminister Fischer forderten⁵⁷, die Raketenabwehr im Rahmen der EU zu thematisieren, dokumentierte ihre Präferenzen und ging mit dem expliziten oder impliziten Vorwurf an die USA einher, die Europäer spalten zu wollen, zeigte aber angesichts fehlender Kapazitäten Europas keinerlei Alternative auf.⁵⁸

Hinter den Einwänden gegen die Raketenabwehr verbergen sich weniger praktische als vielmehr prinzipielle Vorbehalte gegen ein Projekt, das sich nicht in das tradierte Konzept kooperativer Sicherheit fügt, wie es den Rüstungskon-

⁵⁰ K. Beck, *Let's Talk about the U.S. Missile Shield*, „International Herald Tribune“, 28 V 2007, www.iht.com.

⁵¹ *Wir wollen kein neues Wettrüsten*, Interview, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, 18 III 2007, www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Interviews/2007/070318-Abruestung-FASZ.html.

⁵² Plenarprotokoll 16/92 vom 30.3.2007, S. 9398, www.dip.bundestag.de/btp/16/16092.pdf.

⁵³ *SPD uneins über Amerikas Abwehrschild*, „Der Tagesspiegel“, 21 III 2007, www.tagesspiegel.de/politik/div/art771,2154141.

⁵⁴ *Raketenabwehr: Bittere Stunde für die Sicherheit in Europa*, „Pressemitteilung“, 3 IV 2008, www.gruene.de/cms/default/rubrik/12/12681.presseinfos_2008.htm.

⁵⁵ A. Beer, *MdEP, EU-Ratspräsidentschaft muss US-Raketenplänen Absage erteilen*, „Pressemitteilung“, 19.3.2007, www.angelika-beer.de/index.php?s,2,6,131/o,article,501.

⁵⁶ *Beschluss des FDP-Bundesvorstands: Keine neue Spaltung Europas durch Raketenabwehrsystem*, „Pressemitteilung“, 5 III 2007, www.fdp.de.

⁵⁷ *EU soll sich in Streit um Raketenschild einmischen*, „Spiegel Online“, 16 III 2007, www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,472243,00.html.

⁵⁸ Vgl. Th. Bauer, F. Baumann, *Missiles for Europe? U.S. Plans Expose Europe's Strategic Weaknesses*, „CAP Policy Analysis“ 2007, No. 3, July, www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Policy-Analysis-2007-03.pdf.

troll- und Abrüstungsverträgen während und nach dem Ende des Kalten Krieges zugrunde lag. So erklärte beispielsweise Staatsminister Erler, „der US-Ansatz richtet sich gegen das Denken in gemeinsamer Sicherheit“.⁵⁹ Demgemäß argumentierte er ebenso wie der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundstag, Peter Struck, die Raketenabwehr würde auch die Verhandlungen mit dem Iran über sein Nuklearprogramm gefährden. Es „mache keinen Sinn“, so erklärte Struck, dem Iran „jetzt mit einem Raketensystem zu drohen“⁶⁰, ohne allerdings darzulegen, worin diese Drohung bestehen sollte, wenn der Iran nicht ohnehin Nuklearwaffen entwickeln würde. Nur vordergründig deuten diese Vorbehalte eine substantielle Auseinandersetzung um den geeigneten Weg zur Bekämpfung der Proliferation an. Vielmehr wurde ein großer Teil der Debatte in Deutschland nicht nur von einer „Russland-Apologik“ geprägt, sondern auch von einem Rückzug auf dieselben Argumentationsmuster, mit denen schon die Auseinandersetzung um Reagans SDI-Programm unter ganz anderen Umständen geführt wurde.⁶¹

So ist die Berufung auf abrüstungspolitische Ziele oft symptomatisch nicht nur für eine Konzentration auf Russland, sondern auch für eine Verhaftung in den Erfahrungen des Kalten Krieges. Wie sich diese Erfahrungen auf die Proliferationsentwicklung im Nahen und Mittleren Osten übertragen lassen und welche Rolle eine Abrüstungspolitik angesichts zunehmend asymmetrischer Bedrohungen spielen kann, blieb in der Debatte bezeichnenderweise unklar. Derartige Reflexe aus dem Kalten Krieg dokumentieren weniger eine Suche nach strategischen Alternativen zum Umgang mit neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Sie zeigen vielmehr, dass die Diskussion um die Raketenabwehr sich weithin in einer Grundsatzdebatte über die Leitbilder deutscher Friedenspolitik erschöpfte. In dieser Hinsicht stellte die Auseinandersetzung mit der Raketenabwehr oft genug nur eine Auseinandersetzung mit der eigenen strategischen Kultur dar. Auch deshalb folgte die Kritik oft innen- oder parteipolitischen Imperativen. Dies galt nicht nur für die Oppositionsparteien. Auch die Tatsache, dass SPD-Parteichef Beck in seiner Skepsis so weit ging, sich auf eine Ablehnung festzulegen, dürfte sich vorrangig mit eigenen Profilierungsversuchen angesichts schlechter Umfragewerte erklären. Kritik an dieser Festlegung war jedoch umso berechtigter, als absehbar war und ist, dass sie aus bündnispolitischen Rücksichten nicht durchzuhalten ist.

Im Ergebnis zeigte sich die deutsche Regierungskoalition vor dem Gipfel in Bukarest über der Frage der Raketenabwehr zwar äußerlich gespalten. Doch waren weder die Kritiker innerhalb der SPD willens oder in der Lage, NATO-Entscheidungen über die Raketenabwehr zu blockieren. Noch konnte den Befürwortern in den Reihen der CDU an einer definitiven Festlegung auf eine Verwirklichung der

⁵⁹ *Stoppschild für Raketen, Interview mit Gernot Erler*, „Berliner Zeitung“, 27 III 2007, www.berlinonline.de/berliner-zeitung.

⁶⁰ Interview mit Peter Struck, „Passauer Neue Presse“, 23 III 2007, www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,40667,00.html.

⁶¹ Vgl. M. Rühle, *Raketen, Russland, Rücksichtnahmen. Russland-Apologik als Leitlinie deutscher Sicherheitspolitik?*, 12 IX 2007, www.dgap.org.



Raketenabwehr in der NATO gelegen sein, die innenpolitische Kontroversen neu hätte aufflammen lassen können. Insofern entsprach die vorläufige Zustimmung des NATO-Gipfels einer Kompromisslinie zwischen beiden Seiten. Obwohl beide Koalitionspartner Verhandlungen innerhalb der NATO über die Raketenabwehr gefordert haben, spielte Deutschland dabei keine wirklich gestaltende Rolle. Ebenso wenig sind in dieser Hinsicht für die Zukunft Initiativen von der Regierungskoalition zu erwarten. Endgültig Farbe bekennen müssen wird die Bundesregierung erst, wenn über die Kosten zu entscheiden ist, die mit einer Integration des Schutzschirms in die NATO und insbesondere seiner Ausdehnung auf Südosteuropa auf das Bündnis zukommen.

Aussichten einer NATO-Lösung

Mit den Beschlüssen von Bukarest hat die NATO die amerikanischen Pläne für den Abwehrschirm zunächst nur gebilligt. Dies geschah zudem vor dem Hintergrund von Auseinandersetzungen um die Geschwindigkeit einer Aufnahme von Georgien und der Ukraine, die einen offenen Austrag weiterer Gegensätze nicht opportun erscheinen lassen konnten. Insofern muss für den Augenblick offen bleiben, ob es sich bei der Erklärung zur Raketenabwehr letztlich nur um einen Formelkompromiss handelt. Verwirklicht wird die polnisch-tschechische GBI-Basis auch weiterhin aufgrund bilateraler Abkommen zwischen den beteiligten Regierungen. Für Verhandlungen innerhalb der NATO stand oder steht daher nicht der Aufbau der Raketenabwehr zur Debatte. Ein großer Teil auch der deutschen Diskussion über das Für und Wider der Raketenabwehr wich daher nicht nur einer Auseinandersetzung über die strategische Herausforderung aus, die die Proliferation von ABC-Waffen und ballistischen Raketen bedeutet, sondern ging auch an den strategischen Optionen vorbei. Denn für den europäischen Verbündeten der USA kann es letztlich nur darum gehen, ob die Raketenabwehr innerhalb oder außerhalb von NATO-Strukturen realisiert wird. Dass Deutschland wie die meisten anderen europäischen Bündnispartner den Schutz des Raketenschirms so auch ohne eine eigene Beteiligung erlangen kann, erleichtert es der deutschen Politik, einer Entscheidung auszuweichen. Würde er jedoch als rein amerikanisches Projekt errichtet, hätte dies zur Folge, dass die eigenen Einflussmöglichkeiten auf die Fortentwicklung und den Einsatz des Systems minimiert würden. Vor allem aber würde damit auch die NATO einen Bedeutungsverlust erleiden.

Als defensives System fällt die Raketenabwehr in den ureigensten Aufgabenbereich der NATO, den Schutz des Bündnisgebiets. Außerhalb des Bündnisses verwirklicht, würde es die NATO zwangsläufig zugunsten bilateraler Sicherheitsbeziehungen schwächen, innerhalb aber würde es ihre Funktion als zentralem Sicherheitsgaranten der Verbündeten bestätigen. Die Raketenabwehr bietet damit auch eine Chance die NATO zu stärken, deren Bedeutung als „stärkster Anker



unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ die deutschen Regierungsparteien bereits in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben haben.⁶² Dabei blieben jedoch zwei Probleme zu lösen. Erstens stellt sich die Frage, wie die zur Stationierung in Polen vorgesehenen GBI in NATO-Strukturen integriert werden können; denn da diese Raketen Teil einer sehr viel umfassenderen strategischen Abwehr der USA sind, wird die Bereitschaft Washingtons, die NATO-Verbündeten mit unter ihren Schutzschild zu nehmen, auch künftig nicht bedeuten, dass es die Entscheidungsgewalt über ihren Einsatz an das transatlantische Bündnis abgeben würde. Zweitens bedarf es einer Lösung, um den Raketenschirm auf Südosteuropa und die Türkei auszudehnen. Unter Anspielung auf den bilateralen Charakter der Verhandlungen zwischen den USA, Polen und Tschechien hatte Bundeskanzlerin Merkel erklärt, dass „geteilte Sicherheit“ für die Verbündeten „mangelnde Sicherheit“ zur Folge hätte.⁶³ Das gilt allerdings in noch höherem Maße für diejenigen NATO-Staaten, die durch die Raketenabwehr nicht geschützt wären.

Einen Anknüpfungspunkt sowohl für die Integration als auch für den Ausbau der Raketenabwehr in der NATO bietet vor allem das ALTBMD-Programm des Bündnisses. Dieses Programm verfolgt zunächst nur den Zweck, NATO-Truppen im Einsatz vor Angriffen mit ballistischen Raketen zu schützen. Dazu werden keine neuen Waffen, sondern eine Plattform entwickelt, mit der sich unterschiedliche Sensoren und Abwehrsysteme der Mitgliedstaaten vernetzen lassen, um das erfassbare Lagebild bzw. deren Einsatzmöglichkeiten zu optimieren. Ohne den Einbezug von amerikanischen THAAD- und SM-3-Systemen bliebe die Leistungsfähigkeit von ALTBMD jedoch auf eine Bekämpfung von Raketen von bis zu 1000 km Reichweite begrenzt. Durch einen solchen Einbezug aber könnte ALTBMD zu einer strategischen Raketenabwehr weiterentwickelt werden. Sie würde dann eine effektive Bekämpfung von Mittelstreckenraketen bis zu 3000 km Reichweite und darüber ermöglichen und damit einen flächendeckenden Schutz Südosteuropas und der Türkei vor ballistischen Raketen aus dem Nahen und Mittleren Osten bieten können. In diese Struktur ließen sich die in Europa zu stationierenden GDI grundsätzlich auch parallel zum amerikanischen Abwehrsystem integrieren, um gegebenenfalls eine Koordination ihres Einsatzes zu ermöglichen. Der NATO dürfte damit zwar keine Entscheidungsgewalt eingeräumt werden – auf die es im Ernstfall freilich schon aufgrund der eng begrenzten Reaktionszeit und der Notwendigkeit entsprechend automatisierter Entscheidungsabläufe auch weniger ankäme –, aber eine politische Mitsprache gesichert werden können.

Die Kosten der polnisch-tschechischen GBI-Basis werden die USA voraussichtlich selbst tragen. Für den Aufbau einer zusätzlichen Raketenabwehr für Südosteuropa und die Türkei wird dies aber nicht gelten. Auch die unmittelbar

⁶² Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 11 XI 2005, www.cdu.de/doc/pdf/05_11_11_Koalitionsvertrag.pdf, S. 130.

⁶³ Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Universität Warschau, 16 III 2007, www.bundesregierung.de.



betroffenen Länder dürften nicht bereit sein, die Kosten hierfür alleine zu tragen, sondern gemäß dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit auf einer Beteiligung des gesamten Bündnisses bestehen. Dabei dürften sich die Kosten an sich durchaus in Grenzen halten, ist beispielsweise bei einer Minimallösung ausschließlich mit THAAD-Systemen von einem Gesamtaufwand von 7,5-8 Mrd. Euro zu rechnen, der sich zudem über mehrere Jahre verteilt.⁶⁴ Vorbehalte dürften sich daher auch in Polen und Deutschland weniger aus Haushaltszwängen, sondern aus politischen Erwägungen ergeben, müssten sich doch die Regierungen in Warschau und Berlin damit zur Raketenabwehr als einem der eigenen Sicherheit dienenden Projekt bekennen.

Für beide Regierungen könnte eine entsprechende Entscheidung innenpolitische Widerstände hervorrufen oder Glaubwürdigkeitsprobleme aufwerfen. Daneben aber sollten auch die Vorteile gesehen werden. Eine NATO-Lösung böte nicht alleine eine Möglichkeit, die Sicherheit Europas zu erhöhen und das Bündnis zu stärken. Für das deutsch-polnische Verhältnis liegt in ihr die Chance, einen gemeinsamen Ansatz für ein sonst nach wie vor kontroverses Projekt zu finden. Ein solcher Ansatz würde auch Russland weniger Angriffsfläche und Grund für Bedenken liefern; denn er würde Moskau eine größere Sicherheit hinsichtlich der Zwecksetzung der Raketenabwehr in Europa bieten können als eine rein amerikanische Lösung. Obwohl ein Einvernehmen mit Moskau vermutlich kaum zu erzielen ist, dürften entsprechende Differenzen damit ebenfalls an Schärfe verlieren. Gleichzeitig könnte ein gemeinsamer Ansatz in Polen wie in Deutschland die öffentliche Akzeptanz gegenüber der Raketenabwehr erhöhen. Diese Gründe rechtfertigen die Erwartung, dass kommende Gipfeltreffen zu konkreten Beschlüssen zur Realisierung der Raketenabwehr gelangen werden. Letztlich gibt es sowohl bündnis- wie sicherheitspolitisch keine plausible Alternative.

⁶⁴ A. Bittner, *Die NATO und die Raketenabwehr. Implikationen für Deutschland vor dem Gipfel in Bukarest*, „SWP-Studie“, Oktober 2007, www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4441, S. 17ff.

